



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 15.12.2021  
C(2021) 9175 final

## **DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 15.12.2021**

**über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2021 für das Europäische Instrument für  
die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit**

# **DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 15.12.2021**

## **über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2021 für das Europäische Instrument für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf die Verordnung (Euratom) 2021/948 des Rates vom 27. Mai 2021 zur Schaffung des Europäischen Instruments für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit in Ergänzung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt auf der Grundlage des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, und zur Aufhebung der Verordnung (Euratom) Nr. 237/2014<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 7,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Um die Durchführung des Europäischen Instruments für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (EI-INSC) zu gewährleisten, muss ein jährlicher Finanzierungsbeschluss angenommen werden, mit dem das Jahresarbeitsprogramm für das Jahr 2021 aufgestellt wird. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Hilfe sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erlassenen restriktiven Maßnahmen<sup>3</sup> festgelegt sind.
- (3) Die Kommission hat das Mehrjahresrichtprogramm für den Zeitraum 2021-2027<sup>4</sup> angenommen, das auf den drei spezifischen Zielen gemäß Artikel 2 der Verordnung (Euratom) 2021/948 des Rates beruht.
- (4) Mit dem im Rahmen des Europäischen Instruments für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit zu finanzierenden Jahresaktionsplan werden die folgenden Ziele verfolgt: Förderung einer wirksamen Sicherheitskultur im Nuklearbereich und Anwendung höchster Standards in den

---

<sup>1</sup> ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 79.

<sup>3</sup> [www.sanctionsmap.eu](http://www.sanctionsmap.eu). Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

<sup>4</sup> C(2021) 8687.

Bereichen nukleare Sicherheit und Strahlenschutz sowie kontinuierliche Verbesserung der nuklearen Sicherheit; verantwortungsvolle und sichere Behandlung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle (Transport, Vorbearbeitung, Bearbeitung, Aufbereitung, Lagerung und Endlagerung) sowie Stilllegung und Sanierung ehemaliger kerntechnischer Anlagen und Einrichtungen und Festlegung von Rahmen und Methoden für die Anwendung effizienter und wirksamer Sicherungsmaßnahmen für Kernmaterial in Drittländern.

- (5) Mit der Maßnahme „Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit“ wird darauf abgezielt, in den östlichen Nachbarländern (Armenien, Marokko, Ukraine), Iran und Südafrika eine wirksame Kultur der nuklearen Sicherheit zu fördern und die höchsten Standards für nukleare Sicherheit und Strahlenschutz umzusetzen. Sie enthält auch eine länderübergreifende Komponente für Ausbildung und Betreuung.
- (6) Die Maßnahme „Sichere Behandlung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle“ zielt darauf ab, die sichere Behandlung radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente in Georgien, Irak und Zentralasien zu unterstützen.
- (7) Die Maßnahme „Unterstützungsmaßnahmen zur Durchführung des Europäischen Instruments für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (EI-INSC)“ umfasst unter anderem Betriebsprüfungen, Bewertungen, Identifizierungen, Studien, Sitzungen, Kommunikationsmaßnahmen sowie weitere Aufwendungen für Verwaltung und technische Hilfe, die zur ordnungsgemäßen Verwaltung des Programms, der Erreichung seiner vorgesehenen Ergebnisse und Ziele sowie zur Messung und Auswertung der Wirkung und zur diesbezüglichen Berichterstattung beitragen.
- (8) Gemäß Artikel 9 der Verordnung (Euratom) Nr. 2021/948 wird das Programm im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchgeführt.
- (9) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 vorgesehenen Maße geschützt werden. Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 zu bewerten und erforderlichenfalls geeigneten Aufsichtsmaßnahmen nach Artikel 154 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046<sup>5</sup> zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.
- (10) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 vorzusehen.
- (11) Im Interesse einer flexiblen Durchführung des Jahresaktionsplans sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 nicht als substantiell anzusehen sind.
- (12) Im Einklang mit Artikel 5 sollten die Finanzhilfen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden können und es sollten Bedingungen für die Gewährung dieser Finanzhilfen festgelegt werden.
- (13) Der in diesem Beschluss festgelegte Aktionsplan entspricht der Stellungnahme des nach Artikel 15 der Verordnung (EU) 2021/948 eingesetzten EI-INSC-Ausschusses —

---

<sup>5</sup> Außer in den in Artikel 154 Absatz 6 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 genannten Fällen, in denen die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

BESCHLIEßT:

*Artikel 1*  
*Der Aktionsplan*

Der im Anhang dargelegte jährliche Finanzierungsbeschluss, der den Jahresaktionsplan für die Durchführung des Europäischen Instruments für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (EI-INSC) darstellt, wird angenommen.

Der Aktionsplan umfasst die folgenden Maßnahmen:

- Maßnahmendokument für die Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (Anhang I);
- Maßnahmendokument für die sichere Behandlung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle (Anhang II);
- Maßnahmendokument für Unterstützungsmaßnahmen zur Durchführung des EI-INSC (Anhang III).

*Artikel 2*  
*Beitrag der Union*

Der Höchstbeitrag der Union für die Umsetzung des Aktionsplans für 2021 beläuft sich auf 36 115 200 EUR und wird aus der Haushaltslinie 14 06 01 00 des Gesamthaushaltsplans der Union finanziert. Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

*Artikel 3*  
*Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen*

Die Durchführung der Maßnahmen, bei denen nach Maßgabe der Anhänge die indirekte Mittelverwaltung zur Anwendung kommt, kann Stellen oder Personen übertragen werden, die in Anhang I und Anhang II Nummer 4 genannt oder nach den dort aufgeführten Kriterien ausgewählt werden.

*Artikel 4*  
*Flexibilitätsklausel*

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen um bis zu 5 000 000 EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, und kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die weder 20 % dieses Beitrags noch einen Betrag von 5 000 000 EUR übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten nicht als substantiell im Sinne des Artikels 110 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

*Artikel 5*  
*Finanzhilfen*

Finanzhilfen können gemäß den in den Anhängen festgelegten Bedingungen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden. Finanzhilfen können den in Anhang I Abschnitt 4.3.1 genannten Einrichtungen gewährt werden.

Brüssel, den 15.12.2021

*Für die Kommission*  
*Jutta URPILAINEN*  
*Mitglied der Kommission*